

Wegwerfprodukte aus Plastik sollen nach dem Willen der EU in wenigen Jahren verschwinden – ein hehres Ziel **SEITE 27**

Unterwegs auf der Insel Sachalin, wo Putin ein kühnes Brückenprojekt von Stalin wiederbelebt **SEITE 29**

Absage an den Bürokratie-Sheriff

Der Bundesrat widersetzt sich dem Auftrag des Parlaments, die Kosten neuer Regulierungen zu prüfen

HANSUELI SCHÖCHLI

Der Bundesrat sollte am Mittwoch an seiner letzten Sitzung des Jahres über die Eckwerte für die Schaffung einer unabhängigen Stelle zur Prüfung der Kosten geplanter Regulierungen entscheiden. Das war die Idee des Wirtschaftsdepartements in Erfüllung des Auftrags des Parlaments. Doch die Sache war nicht mehrheitsfähig, wie aus der Mitteilung der Regierung vom Mittwoch hervorgeht: «Auf die Einführung einer neuen Behörde, die systematisch alle Regulierungen prüft, will der Bundesrat aus Effizienzgründen verzichten.» Die Regierung spricht stattdessen luftig von einer «Optimierung» der bestehenden Prozesse: «Bei wichtigen Vorlagen sollen die Regulierungskosten systematischer abgeschätzt und in den Botschaften standardisiert dargestellt sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen vertieft analysiert werden.» Dem Vernehmen nach ist weder eine Gesetzes- noch eine Verordnungsänderung vorgesehen.

Klarer Auftrag missachtet

Der Entscheid des Bundesrats gegen eine unabhängige Prüfstelle zu den Kosten geplanter Regulierungen widerspricht dem Auftrag des Parlaments. Dieses hatte 2016 zwei Motionen dazu angenommen. Eine davon stammte vom Obwaldner CVP-Nationalrat Karl Vogler. Der Vorstoss machte Vorgaben für die künftige Kostenabschätzung geplanter Regulierungen und forderte, dass die Umsetzung der Vorgaben von einer Einheit zu prüfen sei, die «unabhängig von der Verwaltungseinheit ist, welche die zu beurteilende Regulierung erarbeitet». Noch deutlicher war der zweite angenommene Vorstoss dazu, der von der FDP-Fraktion im Nationalrat stammte. Schon im Titel hiess es: «Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken». Laut einer verbreiteten Ansicht im Parlament verkommen die verlangten Regulierungsfolgenabschätzungen oft zu unmotivierten Pflichtübungen, wenn Ämter sozusagen sich selber überprüfen.

Als mögliches Modell einer unabhängigen Stelle galt etwa die Schaffung einer «Madame Regulierungskosten» nach dem Muster des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten oder die Gründung einer Kommission analog zur Wettbewerbskommission. Ironischerweise



Gelegentlich hängt auch in Bern der Haussegen etwas schief, wenn der Bundesrat nicht so will wie das Parlament. P. KLAUNZER / KEYSTONE

würde die Schaffung einer solchen neuen Instanz zuerst einmal Zusatzkosten bewirken. Vielgenannte ausländische Beispiele sind der deutsche Normenkontrollrat und die niederländische Actal. Beide Gremien bescheinigen sich in ihren Berichten kostendämpfende Wirkung. Die bisherigen Erfolgsbilanzen sprächen für sich, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2016 aus Anlass der Zehnjahresbilanz zum deutschen Normenkontrollrat. Im gleichen Jahr sprach ein Papier des Instituts der deutschen Wirtschaft von einem bewährten Konzept zum Bürokratieabbau, regte aber auch eine Weiterentwicklung an.

Stimmen von Wirtschaftsvertretern aus Deutschland und den Niederlanden klangen vor zwei Jahren nicht besonders enthusiastisch, sprachen den Prüfungsgremien aber per saldo ebenfalls gewisse positive Wirkungen zu. Der Bundesverband der Deutschen Industrie betonte am Mittwoch auf Anfrage, dass die Regulierungskosten in Deutschland nach wie

vor «dramatisch hoch» seien. Der Verband bezeichnete aber den Normenkontrollrat als «sinnvolles Gremium», das für mehr Kostentransparenz Sorge und das man nicht infrage stelle.

Nun die Durchsetzungsmotion

Der Bundesrat will in vier Jahren die Wirksamkeit seiner beschränkten Massnahmen evaluieren und dann abschätzen, ob weiterer Handlungsbedarf bestehe. Doch die Regierung wird in dieser Sache nicht so lange Ruhe haben. Eine Motion zur Durchsetzung der früheren parlamentarischen Aufträge ist bereits auf dem Tisch. Der Thurgauer FDP-Nationalrat Hansjörg Brunner hat vor Wochenfrist seinen Vorstoss dazu eingereicht und überschrieben mit «Den Willen des Parlaments durchsetzen – die unabhängige Regulierungskostenstelle umsetzen». Der Vorstoss war offenbar vor allem dazu gedacht, den Bundesrat zu mehr Tempo zu motivieren, doch nun er-

hält die Durchsetzungsmotion noch grössere Aktualität.

Grundsätzlich muss der Bundesrat vom Parlament überwiesene Motionen umsetzen – so wie das Parlament von Volk und Ständen beschlossene Verfassungstexte umsetzen muss. Doch so wie das Parlament sich zuweilen weigert, Verfassungsaufträge umzusetzen, weigert sich nun auch der Bundesrat, einen Auftrag des Parlaments umzusetzen. Auch ohne Durchsetzungsmotion werde sich das Parlament noch zum Entscheid äussern können, sagt der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni, dessen Partei die Regierungsentseide am Mittwoch kritisierte. Caroni verweist auf die jährlichen Berichte des Bundesrats zu den seit mehr als zwei Jahren hängigen Motionen sowie auf allfällige Anträge der Regierung zur Abschreibung der betroffenen Vorstösse. In Caronis Wahrnehmung kommt es nur selten vor, dass der Bundesrat überwiesene Motionen nicht umsetzt.

EU drückt bei Rom ein Auge zu

«Grenzwertiges» Budget genehmigt

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL

Valdis Dombrovskis, der für den Euro zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, ist kein Mensch, der für emotionale Ausbrüche in der Öffentlichkeit bekannt ist. Und auch am Mittwoch präsentierte er die Beilegung des Budgetstreits zwischen der EU und Italien in gewohnt nüchterner und sachlicher Art. Dennoch liessen einige Formulierungen aufhorchen und liessen erahnen, dass auch der jüngste Budgetentwurf Italiens Dombrovskis nicht gerade glücklich macht.

Beide Parteien geben nach

Grundsätzlich haben beide Parteien einen Schritt aufeinander zugemacht und die Konfrontation zugunsten eines konstruktiven Dialogs aufgegeben. Spät in der Nacht auf Mittwoch fand man dann einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss.

Italien reduziert die 2019 geplanten Staatsausgaben und erhöht die Einnahmen um insgesamt etwas mehr als 10 Mrd. €. Dadurch soll das prognostizierte strukturelle, also das um Konjunktur- und einmalige Einflüsse bereinigte, Defizit, ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres bleiben und nicht wie von Rom geplant auf 2,6% wachsen. Das entspricht dem bereits im Vorfeld bekanntgewordenen unbereinigten Ausgabenüberhang von 2,04 statt 2,4%. Damit tut Italien jedoch so gut wie nichts für die Reduktion der überaus hohen Schuldenlast von 131% des BIP. Die massgebenden Maastricht-Kriterien erlauben jedoch nur eine Verschuldung in der Höhe von 60% des BIP. Dombrovskis sprach

Ein fauler Kompromiss als Erfolg

Kommentar auf Seite 11

denn auch von einer «nicht idealen», ja «grenzwertigen» Situation. Er wies darauf hin, dass es sich immerhin um eine schwarze Null handle.

Doch auch die Art und Weise der italienischen Zugeständnisse wirft innerhalb der Kommission noch Fragen auf. Man will demnach wachsam bleiben. Knapp die Hälfte der Minderausgaben im Jahr 2019 soll durch den Aufschub beim Grundeinkommen für alle in Form einer Arbeitslosenunterstützung für die Ärmsten sowie bei der Rentenreform erreicht werden. Diese sollen statt im Januar erst im April in Kraft treten. Ferner wurden die Zugangskriterien etwas enger gefasst. Das soll zusammen Minderausgaben in der Höhe von 4,6 Mrd. € ergeben. Dann will man die Investitionen um 4,2 Mrd. € gegenüber den ursprünglichen Plänen reduzieren. Die entsprechende Lücke will dann aber die EU füllen, indem Italien mehr Gelder aus Investitionstöpfen der EU erhält, die dem Land sowieso zustehen, die aber noch nicht bezogen worden sind. Und die dritte Korrektur betrifft die Erhöhung der Steuern auf Wetten, die mit 0,5 Mrd. € zu Buche schlagen soll.

Neue Diskussionen absehbar

Die hohen Kosten für die Wahlversprechen der italienischen Regierung werden also statt 2019 einfach 2020 voll zu Buche schlagen und dementsprechend wohl wieder für Diskussionen sorgen. Dannzumal soll die Mehrwertsteuer erhöht werden, um einen Grossteil der entsprechenden Ausgaben zu decken. Italien hat sich schliesslich noch damit einverstanden erklärt, dass man einen Betrag von 2 Mrd. € nur ausgibt, falls man das im neuen Budget anvisierte Ziel von 2,04% Kostenüberhang nicht überschreitet.

Weiterer Bericht auf Seite 36

Die US-Zentralbank schraubt Leitzinsen höher

In Zukunft ist ein geringeres Tempo bei den Anpassungen zu erwarten

GERD BRÜGGEMANN, WASHINGTON

Wie allgemein erwartet worden war, hat die amerikanische Federal Reserve Bank (Fed) die Leitzinsen am Mittwoch weiter erhöht. Der Anstieg um 0,25 Prozentpunkte bringt die Rate auf einen Bereich von 2,25 bis 2,5%. Das ist der höchste Satz seit dem Frühjahr 2008 und die 15. Erhöhung seit 2015, als das Fed mit der Festigung der Geldpolitik begonnen hatte. In der Abstimmung über die Zinserhöhung im Offenmarktausschuss (FOMC) gab es keine Gegenstimmen.

Trump mit Fed unzufrieden

Im Vorfeld der Sitzung waren an den Märkten Stimmen laut geworden, die angesichts der Turbulenzen an den Börsen in den letzten Wochen vor einer weiteren Verschärfung der Politik gewarnt

hatten. Aber die Notenbank hat nicht auf diese Warnungen gehört, denen sich auch Präsident Donald Trump angeschlossen hatte. Er betrachtet die geldpolitischen Massnahmen der Zentralbank als einen Fehler.

Die Mitglieder des FOMC hielten jedoch an ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage fest und zeigten sich überzeugt, dass das Wachstum, die Preisentwicklung und die Situation am Arbeitsmarkt die weitere Zinserhöhung rechtfertigten. Allerdings lässt sich in dem Statement der Institution auch erkennen, dass das Fed im kommenden Jahr etwas zurückhaltender sein könnte. Während bisher davon ausgegangen worden ist, dass 2019 wie auch im laufenden Jahr vier weitere Zinserhöhungen erforderlich sein würden, gelten nun eher zwei oder drei als wahrscheinlich.

Der Fed-Vorsitzende Jerome Powell sagte an einer Pressekonferenz nach der

Sitzung, die Zentralbank habe zwar eine gewisse wirtschaftliche Abschwächung sowie Gegenströmungen seit dem letzten Treffen im September erkannt, aber dies reiche nicht aus, um den Ausblick der Institution grundlegend zu ändern. Er führte weiter aus, dass sich die Wirtschaft der Vereinigten Staaten immer noch sehr gut entwickle.

Powell machte aber auch deutlich, dass die Zentralbank die Volkswirtschaft sorgfältig beobachten werde, um sicherzustellen, dass die anhaltende Expansion nicht aus der Bahn gerate und dass die Inflation unter Kontrolle bleibe.

Klarer Standpunkt Powells

Der Zentralbankchef ging an der Pressekonferenz – wenn auch indirekt – auf die ständig wiederkehrende Kritik von Präsident Trump an der Geldpolitik ein. Er hielt fest, dass politische Überlegungen

in den Diskussionen und der Entscheidung der Notenbank über ihren Kurs keine Rolle gespielt hätten. «Nichts wird uns davon abhalten, das zu tun, was wir für richtig halten», betonte er. Präsident Trump hatte gelegentlich erklärt, er halte die Geldpolitik der Zentralbank für «crazy».

In Bezug auf die weitere Entwicklung der Geldpolitik war Powell etwas weniger klar als die veröffentlichte Verlautbarung. Er sagte, die kommenden Schritte in der Geldpolitik seien ungewiss und hingen ganz wesentlich davon ab, wie sich die Konjunktur weiter entwickle. Zwar gehe der gegenwärtige Ausblick von kräftigem Wachstum und weiter steigender Beschäftigung aus, aber das bedeute natürlich nicht, dass ein Kurswechsel der Zentralbank nicht möglich sei. Die anhaltend tiefe Inflation gebe der Zentralbank allerdings die Möglichkeit, sich in Geduld zu üben.